

*Jörg Goldberg, Jürgen Reusch, Harald Werner, Gerd Wiegel,  
Michael Zander*

## **Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen**

Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom September/Oktober in drei ostdeutschen Bundesländern müssen vor dem Hintergrund von allgemeinen ökonomischen und politischen Veränderungen gesehen werden, die das scheinbar stabile Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland erschüttert haben. Diese Erschütterung ist umso bemerkenswerter, als die Wahlen in einer Periode erfolgten, in denen die wirtschaftliche Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht hat. Die simple Regel „it's the economy, stupid“, die über Jahrzehnte hinweg sicherzustellen schien, dass bestehende Parteienkonstellationen in Perioden der Hochkonjunktur bestätigt wurden, gilt offensichtlich nicht mehr. Das spricht allerdings nicht gegen die Bedeutung ökonomischer Faktoren für politische Prozesse, sondern zeigt, dass diese Beziehungen komplizierter sind. Denn trotz des konjunkturellen Aufschwungs, der nach der Finanzmarktkrise von 2008/09 in Deutschland zu verzeichnen war und der jetzt ausläuft, blieben strukturelle Krisenmomente bestehen, die sich vor allem in einer wachsenden Fragilität und Unsicherheit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse äußern und die das Vertrauen breiter Schichten in die Beherrschbarkeit der Veränderungen durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten erschütterten. Bei Teilen der Bevölkerung erzeugt das ein Gefühl des „Kontrollverlusts“. Politischer Ausdruck dieses schwindenden Vertrauens sind der Niedergang des bestehenden Parteiensystems, eine Kritik am Kapitalismus, die oftmals unspezifisch als „Systemkritik“ artikuliert wird, sinkendes Ansehen der „Eliten“ sowie Ohnmachtsgefühle gegenüber Prozessen von wirtschaftlicher und politischer Globalisierung.

Diese Momente können hier nicht ausführlich und differenziert behandelt werden. Daher werden im Folgenden nur zwei Aspekte untersucht: Wie erklärt sich der Aufstieg der AfD bei diesen Wahlen, und wie erklärt sich die Schwäche der LINKEN?

### **Rechts gewinnt, Links ist verunsichert**

Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen steht die politische Linke vor großen Herausforderungen. In allen drei Bundesländern gewinnt die AfD, deren Landesverbände vom völkischen „Flügel“ dominiert werden, deutlich Stimmen hinzu. Zwar hat sie in keinem Bundesland das selbst gesteckte Ziel erreicht, stärkste Partei zu werden, aber das ist kein Grund zur Erleichterung: Denn sie hat in allen Ländern ihre Mandate im Vergleich zur letzten Wahl mehr als verdoppelt. Sie erreichte in Sachsen 27,5

Prozent, in Brandenburg 23,5 Prozent und in Thüringen 23,4 Prozent der abgegebenen Stimmen.<sup>1</sup> Die AfD ist die einzige Partei, die in allen fünf (Landtags-)Wahlen des Jahres 2019 dazugewonnen hat.

Die Linkspartei dagegen verlor in Brandenburg und Sachsen dramatisch; in Thüringen wurde sie mit 31 Prozent zwar stärkste Partei, diesen Sieg errang sie aber hauptsächlich durch eine weitgehende Personalisierung auf die Person des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (s. u.).

## 1. AfD inzwischen stabil verankert

Der neofaschistische AfD-Flügel ist nach den Wahlen weiter im Aufwind. Die Partei steht nicht nur für eine „völkische“ Umdeutung sozialer Konflikte, sondern auch für ein antidemokratisches und antiliberales Gesellschaftskonzept. Nach wie vor fungiert sie als rechte Sammlungspartei für ein Spektrum vom konservativen Rand der Union (Werteunion) bis zur extremen Rechten in Form der NPD und des militanten Neonazismus. Mit Blick auf ihre Anhängerschaft repräsentiert sie ein „soziales Mitte-Unten-Bündnis“<sup>2</sup>. Die Wahlen haben gezeigt, dass es der Partei gelungen ist, frühere Barrieren zur militanten Rechten, die eine Zeit lang die Wahl einer solchen Partei behinderten, zu überwinden. Die Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und Andreas Kalbitz (Brandenburg) pflegten zumindest in den 2000er Jahren Kontakte in die militante Neonaziszene. Jörg Urban (Sachsen) gehört wie Höcke und Kalbitz dem völkischen „Flügel“ an.

Noch bei der Bundestagswahl 2017 gaben AfD-WählerInnen bei Befragungen mehrheitlich an, der Partei aus „Protest“ ihre Stimme gegeben zu haben. Jetzt aber erklärten in Sachsen gut zwei Drittel, die Partei wegen ihres Programms gewählt zu haben. In Brandenburg und Thüringen scheint das Denktzettel-Motiv mit 53 Prozent noch knapp zu überwiegen, aber immerhin 43 bzw. 39 Prozent sehen die programmatischen Inhalte als entscheidend an. In Sachsen dürfte die ideologische Verankerung also größer sein als in Brandenburg und Thüringen, woran eine besonders konservative Landes-CDU, die NPD und die Pegida-Demonstrationen sicher mitgewirkt haben. Interpretationen, die die Wahlentscheidung für die AfD als reine „Protestwahl“ sehen wollen (die durch soziale/migrationspolitische Zugeständnisse wieder rückgängig gemacht werden könne), greifen zu kurz. Andererseits kann die AfD-Wählerbasis insgesamt nicht umstandslos als „faschistisch“ bezeichnet werden. Die Gründe für die Hinwendung vieler WählerInnen zur AfD sind widersprüchlich. Das illustrieren beispielsweise Befragungen von Braunkohle-Beschäftigten in der Lausitz: Manche sympathisieren mit der rechtsextremisti-

<sup>1</sup> Wenn nicht anders angegeben, stammen die hier referierten Wahlergebnisse und damit zusammenhängende Daten aus den von Horst Kahrs verfassten Wahlrechtberichten zu Brandenburg, Sachsen und Thüringen; [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) sowie aus <https://www.infratest-dimap.de/>.

<sup>2</sup> Karina Becker/Klaus Dörre/Peter Reif-Spirek, Zur Einführung: Arbeiterbewegung von rechts? In: Dies. (Hrsg.), Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit, Verteilungskämpfe, populistische Revolte, Frankfurt/New York 2018, S. 11.

sche Programmatik der AfD, nicht wenige lehnen sie ab, empfinden aber Sympathie für deren Haltung pro-Braunkohle und können sich vorstellen, sie zu wählen, um der Regierung in Berlin eins auszuwischen.<sup>3</sup>

Gewonnen hat die AfD in allen drei Bundesländern unter früheren Nichtwählern, von denen sie mehr als alle anderen Parteien profitiert (Sachsen: 246.000 Stimmen, ; Brandenburg 107.000 Stimmen; Thüringen 78.000 Stimmen), aber auch unter Wählern der CDU (Sachsen 81.000 Stimmen, Brandenburg 28.000 Stimmen, Thüringen 36.000 Stimmen). Linke und SPD haben ebenfalls in allen drei Ländern Stimmen an die AfD verloren<sup>4</sup>

Bei den in Befragungen angegebenen Motiven zur Wahl der AfD dominieren Fremdenangst bzw. Rassismus, Angst vor Kriminalität und vor Veränderung. In den Themen „Flüchtlinge“ und „Kriminalität“ werden der Partei von ihrer Wählerschaft Kompetenzen zugeschrieben. Beide entspringen demselben Motivationsfeld der Verunsicherung und Angst. Demgegenüber spielt das Thema „soziale Sicherheit“ für die AfD-Wähler nur eine marginale Rolle: 11 Prozent in Sachsen, 3 Prozent in Brandenburg und 6 Prozent in Thüringen nennen dieses Thema „wichtig“ für ihre Wahlentscheidung, womit sie diesem Thema unter allen Befragten die geringste Bedeutung für die Wahl beimessen. Offenbar erscheint die mit linken Parteien assoziierte sozialstaatliche Absicherung nicht mehr ausreichend, um vorhandene Verunsicherungen und Zukunftsängste zu beruhigen, so dass die auf „nationaler Identität“ und Ausgrenzung basierende Politik der AfD bevorzugt wird. „Heimat, Nation, Tradition“ – solche Vorstellungen von vermeintlich verlorengegangener Normalität scheinen als Ersatz für fehlende soziale Sicherheit und die Zumutungen der Globalisierung für viele attraktiv zu sein.

## 1.1 Abwertungserfahrungen als Katalysator für rechte Mobilisierung

Abwertungserfahrungen weisen in Ostdeutschland spezifische Züge auf und können den Aufschwung der AfD zumindest teilweise erklären. Das zeigt auch das Beispiel Thüringen.<sup>5</sup> Thüringen hat durchaus wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen, die auf die Initiative der rot-rot-grünen Landesregierung zurückgehen. Andererseits gibt es auch dort einen großen prekären Beschäftigungssektor, der Lohnabstand zu den westlichen Ländern ist groß, viele Betriebe sind nur die „verlängerte Werkbank“ im Westen angesiedelter Konzerne, qualifizierte junge Leute wandern ab, Tarifbindung und Gewerkschaften sind schwach.

Das und der Elitenimport aus dem Westen haben der Bevölkerung den ostdeutschen Ländern das Gefühl gegeben, ‚Bürger zweiter Klasse‘ zu sein. ‚Der

<sup>3</sup> John Lütten, Die „Buhmänner der Nation“? Sichtweisen von Beschäftigten auf den Kohleausstieg in der Lausitz, in: Z 119 (September 2019), S.76f.

<sup>4</sup> <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-10-27-LT-DE-TH/index.shtml>.

<sup>5</sup> S. dazu ausführlicher Klaus Dörre, Land zurück! In: Frankfurter Rundschau 24. 10. 2019. Zitate dieses Abschnitts hieraus.

permanenten Veränderungen müde, sieht sich die in der Selbstwahrnehmung sozial wie kulturell abgewertete Bevölkerung des Ostens nun mit den Herausforderungen der nächsten großen Transformation konfrontiert“ – so etwa der Abschied von der Braunkohle und die Krise der Automobilindustrie und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste. „Dies vor Augen, tendieren erhebliche Teile der Beschäftigten zur Konservierung des Bestehenden. ... Tief gekränkt sehen die Belegschaften ihre Lebensleistung missachtet.“ Daraus entsteht eine „Wagenburgmentalität, die sich z.B. gegen eine „ökologische Nachhaltigkeitsrevolution“ sperrt.<sup>6</sup>

Die extreme Rechte macht sich diese Stimmungslage zunutze. Die soziale Frage wird in einen „Innen-Außen-Konflikt“ umgedeutet, „der zwischen kulturell angeblich nicht integrierbaren Migranten und einer nationalen Gemeinschaft der Volksdeutschen ausgetragen wird.“ Hier kommt die Fremdenangst ins Spiel, die – wie gezeigt – für die Wahl der AfD eine zentrale Rolle spielt. Sie wirkt wie ein Magnet, der die vielfältigen Kränkungs- und Abwertungserfahrungen an sich zieht, nach denen in den Umfragen gar nicht gefragt wird. Aus alledem entsteht die nostalgische Sehnsucht nach einer - von der AfD versprochenen - heilen Welt, die es vermeintlich früher gab.

## 1.2 Nachwirkung der DDR und Folgen der „Wende“

Die gesellschaftlichen Ursachen des Aufstiegs der extremen Rechten sind komplex. Bei der Bundestagswahl 2017 entfielen auf die AfD in den bevölkerungsreicheren westdeutschen Bundesländern 3,6 Mio. Erststimmen und 4,1 Mio. Zweitstimmen, im bevölkerungsärmeren Ostdeutschland waren es 1,7 Mio. bzw. 1,8 Mio. Stimmen.<sup>7</sup> Allerdings ist der relative Stimmenanteil und damit das politische Gewicht der AfD in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher als im Westen. Dafür gibt es verschiedene Erklärungsansätze die sich ergänzen können. Generell wird davon ausgegangen, dass in Ostdeutschland die „Parteienbindung“ (besser: die Bindung an die aus der alten BRD stammenden Parteien) aus naheliegenden historischen Gründen geringer ist als in Westdeutschland und damit ein „instrumentelles“ Verhältnis zu Parteien ausgeprägter.

Was die tieferen Ursachen für die hohen Zustimmungswerte der AfD in den ostdeutschen Bundesländern betrifft, gibt es weitere Erklärungsansätze, von denen wir hier zwei wichtige thesenhaft benennen. Der eine bezieht sich auf die relative kulturelle Homogenität der DDR und deren mangelnde Erfahrungen mit Immigration, die auch nach der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik bestehen blieben. Dieser Erklärungsansatz besagt, dass sich die faktische Kultur der ‚ethnischen Homogenität‘ auch nach 1990 gehalten hat und an die jüngere Generation weitergegeben wurde. Politisch relevant wurde das dann, als mit der medial transportierten Flüchtlingsdebatte 2015ff. das

---

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Der Bundeswahlleiter 2017, S. 326, Zahlen gerundet.

Ausländerthema in den Mittelpunkt der politischen Konflikte rückte.

Ein anderer Erklärungsansatz verweist auf die Verunsicherungen und Herabsetzungen, die die DDR-Bevölkerung nach der „Wende“ erlebte. Dafür wird z.B. ins Feld geführt, dass das Gros der AfD-Wähler zwischen 18 und 59 Jahre alt ist, also zur Generation der Berufstätigen gehört, die ihr Leben in der Bundesrepublik verbracht haben, während die Zustimmung bei den über 70jährigen deutlich unterdurchschnittlich ausfiel. Zudem konnte die AfD von den Umtrieben der NPD und der DVU in den 1990er und 2000er Jahren profitieren.

Beide Erklärungsansätze schließen sich gegenseitig auch nicht aus. Wir können ihnen hier nicht gründlicher nachgehen und verweisen hier nur darauf, dass das sehr komplexe Problem der „Ost-Spezifik“ gründlicher erforscht und diskutiert werden muss.

Abgesehen davon wird die AfD teilweise als „Ostpartei“ wahrgenommen, auch wenn viele ihrer Funktionäre, wie der Thüringer Landeschef Höcke, aus dem Westen stammen. Laut Infratest glauben in Brandenburg 13 Prozent und in Sachsen 23 Prozent der Befragten, die AfD vertrete „am ehesten“ die Interessen der Ostdeutschen. In Thüringen meinten das 16 Prozent. Damit liegt die AfD allerdings deutlich hinter der LINKEN, der in dieser Frage weit höhere Kompetenzwerte zugeschrieben werden, was ihr jedoch im Ergebnis weder in Brandenburg noch in Sachsen genützt hat.

Horst Kahrs zufolge schätzen AfD-Wähler in Befragungen Situation und Benachteiligung der Ostdeutschen ähnlich kritisch ein wie Wähler der LINKEN. „Für sieben von zehn werden Politik und Wirtschaft noch immer zu stark von Westdeutschen bestimmt. Sechs von zehn vertreten die Ansicht, dass Ostdeutsche an vielen Stellen immer noch Bürger zweiter Klasse sind, der Einfluss der Westdeutschen wird als zu groß wahrgenommen.“

### 1.3 Heterogene Wählerbasis der AfD

Unter denjenigen, die sich in Befragungen als „Arbeiter“ bezeichnen (im Unterschied zu Arbeitslosen, Angestellten, Selbstständigen, Beamten und Rentnern), erreicht die AfD in Sachsen einen Anteil von 41 Prozent, in Brandenburg 44 Prozent und in Thüringen 39 Prozent, womit die AfD in diesem Segment in allen drei Bundesländern zur stärksten Kraft wird. Allerdings darf man nicht übersehen, dass die Wählerschaft der AfD sozial heterogen ist. In Brandenburg erreichte sie z.B. 34 Prozent der „Selbstständigen“, in Sachsen 29 Prozent und in Thüringen 28 Prozent. Ungeachtet dessen ist der hohe Wähleranteil unter „Arbeitern“ bemerkenswert, auch wenn es sich bei der Zuordnung zu der Kategorie um eine Selbsteinschätzung handelt und der Anteil proletarischer Schichten am Elektorat aufgrund ihrer niedrigen Wahlbeteiligung eher gering sein dürfte. Eine mögliche, wenngleich nicht hinreichende Ursache könnte in den ökonomischen Verwerfungen in Ostdeutschland liegen.

Knapp „39 Prozent der dauerhaft Armen“ leben „in den neuen Ländern, obwohl dort nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ansässig ist.“<sup>8</sup>

Ein Grund für die Misere ist die Schwäche der Gewerkschaften. Allgemein ist der Anteil der Beschäftigten mit Tarifvertrag im Osten geringer als im Westen. Die Schlusslichter waren 2017 Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Während in der öffentlichen Verwaltung Sachsens 96 Prozent einen Tarifvertrag haben, sind es in der Baubranche nur 56 Prozent, im Einzelhandel 13 Prozent und in der Land- und Forstwirtschaft nur 4 Prozent.<sup>9</sup> Daran scheint die Politik der Linkspartei nicht viel geändert zu haben, gleichgültig ob diese in der Opposition betrieben wurde – wie in Sachsen – oder in der Regierung – wie in Brandenburg und Thüringen.

## 1.4 Regionale Schwerpunkte

Die Hochburgen der AfD liegen schwerpunktmäßig in den Regionen, in denen die Bevölkerung schrumpft, was sich entsprechend nachteilig auf die sozialen Infrastrukturen auswirkt. In Befragungen in kleinen brandenburgischen und sächsischen Gemeinden zeigen sich die Menschen besorgt über mangelnde medizinische Versorgung, mangelnde Polizeipräsenz, den öffentlichen Nahverkehr oder die Einkaufsmöglichkeiten.

Mit Blick auf die AfD-Ergebnisse bei den Europawahlen erklärt der Wahlforscher Jörg Schönenborn: „Es gibt einen glasklaren statistischen Zusammenhang. Die AfD erzielt ihre höchsten Werte dort, wo die Bevölkerung im Wahlkreis am stärksten sinkt – und umgekehrt.“ „Das gelte in Ost und West. „Der Unterschied ist nur: Im Osten gibt es viel mehr schrumpfende Wahlkreise als im Westen.“ Seine These lautet: „Wer zurückbleibt, wird konservativer und autoritärer.“<sup>10</sup> Die statistische Korrelation zwischen Schrumpfung und rechten Erfolgen zeigt sich bei allen drei ostdeutschen Landtagswahlen, aber auch in anderen Ländern, etwa in Frankreich.<sup>11</sup>

Rechte Wahlerfolge – etwa die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten – werden zuweilen mit der These von der relativen Deprivation erklärt. Demnach ist nicht die eigene ökonomische Situation als solche entscheidend, sondern die persönliche Situation im Verhältnis zu dem, was man sich für das eigene Leben erwartet oder für das Leben der eigenen Kinder. Arlie Hochschild prägte dafür das Bild von der „Warteschlange“: Beschäftigte warten demnach auf einen (bescheidenen) sozialen Aufstieg und argwöhnen, dass währenddessen andere (z.B. Migranten oder Geflüchtete) vermeintlich an ihnen vorbeiziehen.<sup>12</sup> Dazu passt, dass AfD-Anhänger sich in Befragungen deutlich unzu-

<sup>8</sup> Böckler Impuls 17/2018; [https://www.boeckler.de/116785\\_116794.htm](https://www.boeckler.de/116785_116794.htm).

<sup>9</sup> Böckler Impuls 8/2019; [https://www.boeckler.de/120088\\_120099.htm](https://www.boeckler.de/120088_120099.htm).

<sup>10</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/abwanderung-fuehrt-zu-protestwahl-wer-zurueckbleibt-waehlt-oftmals-die-afd/24958316.html>.

<sup>11</sup> J. Hillje (2018): Die Rückkehr zu den politisch Verlassenen.

<sup>12</sup> Ausführlicher dazu die Beiträge von Arlie Russell Hochschild, Brigitte Aulenbacher und

friedener zeigen als die Wähler aller anderen Parteien. Kahrs zufolge sagen 24 Prozent der Brandenburger AfD-Anhänger, aber nur 11 Prozent der Linken-Wähler, ihre Lebensumstände hätten sich verschlechtert. In Sachsen haben ganze 84 Prozent der AfD-Anhänger „Sorge, dass sich unser Leben zu stark verändert“, aber ‚nur‘ 25 Prozent der Linken und 8 Prozent der Grünen-Wähler. Sorgen machen sich die Befragten in beiden Ländern insbesondere über den Klimawandel, Kriminalität, und den Einfluss des Islam.

Zu beachten sind auch die Alters- und Geschlechterverhältnisse. In allen drei Ländern bestätigt sich der deutliche Männerüberhang der AfD. In Thüringen beispielsweise wählten 28 Prozent der Männer AfD, Frauen 18 Prozent. Die AfD artikuliert ein traditionalistisches männliches Rollenverständnis und entsprechende Ängste vor einem Statusverlust. Das reaktionäre Geschlechter- und Familienbild der AfD ist für Frauen weniger attraktiv.

## 2. Krise der Linkspartei?

Die Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE bei den drei Landtagswahlen lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Den desaströsen Niederlagen in Brandenburg (10,7 Prozent der Stimmen, ein Minus von 7,8 Prozent) und Sachsen (10,4 Prozent der Stimmen, ein Minus von 8,5 Prozent) steht der fulminante Sieg in Thüringen gegenüber (31 Prozent der Stimmen, ein Plus von 2,8 Prozent). Das Ergebnis der LINKEN in Thüringen war zudem das beste überhaupt seit 1990. Während die Partei in Brandenburg aus der Regierung flog und dort wie auch in Sachsen die Wahlverliererin war, ist sie in Thüringen erstmals zur stärksten Kraft in einem Bundesland geworden. Mit Thüringen vergleichbar haben auch in Sachsen und Brandenburg die Parteien der jeweiligen Ministerpräsidenten vergleichsweise gut abgeschnitten, jedoch, anders als in Thüringen, mit Stimmverlusten. Das spricht zum einen für ein starkes persönliches und politisches Format dieses linken Ministerpräsidenten.<sup>13</sup> Ein Drittel der LINKE-Wähler gab an, diese (nur) wegen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gewählt zu haben. Die sozial durchaus gute Regierungsbilanz dürfte auch eine Rolle gespielt haben. Selbst 60 Prozent der CDU-Wähler halten ihn für einen guten Ministerpräsidenten. Andererseits war der für die Personalisierung gezahlte Preis ein weitgehend inhaltsloser Wahlkampf.<sup>14</sup> Unter dem Strich aber hat nun die von der LINKEN geführte rot-rot-grüne Koalition die Mehrheit eingebüßt. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der LINKEN seit der letzten Bundestagswahl spricht vieles dafür, dass das Ergebnis in Thüringen die Ausnahme und die Ergebnisse in Brandenburg und Sachsen Ausdruck der gegenwärtigen Lage der Partei vor allem in Ostdeutschland sind.

Die herben Wahlverluste der LINKEN in Brandenburg und Sachsen ordnen sich ein in eine seit 2009 zu beobachtende Tendenz, die etwa so zu beschrei-

---

Klaus Dörre in: Becker/Dörre/Reif-Spirek (Hrsg.), Arbeiterbewegung von rechts?, a.a.O.

<sup>13</sup> Georg Fülberth: Vorteil AfD. In: *Unsere Zeit*, 1. 11. 2019.

<sup>14</sup> Klaus Dörre: *Land zurück!* A.a.O.

ben ist: Im Osten gibt es (mit Ausnahme Thüringens) starke Rückgänge, im Westen Stabilisierung auf niedrigem Niveau, mit teilweise leichten Zugewinnen. Aufgrund der gesamten politischen und wirtschaftlichen Konstellation wäre jedoch ein Aufschwung der Linken zu erwarten gewesen. Die Entwicklung scheint umso erklärungsbedürftiger, als sie einhergeht mit einem zuletzt drastischen Einbruch der SPD (Halbierung der Stimmenergebnisse zwischen 1998 und 2017) und einem Höhenflug der Grünen. Anders als nach 2002/2005 profitiert die LINKE wahlpolitisch nicht mehr vom Rückgang der SPD.

Der politische Einfluss der Linken ist nicht alleine an Wahlergebnissen festzumachen. In der Partei gibt es seit Langem scharfe Fraktionierungen, und in vielen einschlägigen Debatten – die oftmals stark personalisiert sind – wird überwiegend das Trennende betont. Bisher ist es nicht gelungen, zwischen den auseinanderstrebenden Strömungen – abgesehen von Formelkompromissen - einen tragfähigen linken Konsens zu finden. Das unglückliche Erscheinungsbild der Partei nach außen dürfte auch bei Wahlen nicht ohne negative Wirkung geblieben sein. Die inzwischen angelaufene innerparteiliche Strategiediskussion muss zeigen, ob hier Fortschritte möglich sind.

<b>Tab. 1: Wahlergebnisse LINKE (Zweitstimmen) im Zeitverlauf (in Prozent)</b>		
<b>Wahlen</b>	<b>Aktuelles Ergebnis</b>	<b>Vorheriges Ergebnis</b>
Thüringen 2019	31,0 (+2,8)	28,2
Brandenburg 2019	10,7 (-7,9)	18,6
Sachsen 2019	10,4 (-8,5)	18,9
Bremen 2019	11,3 (+1,3)	10,0
EP-Wahl 2019	5,5 (-1,9)	7,4
Hessen 2018	6,3 (+1,1)	5,2
Bayern 2018	3,2 (+1,1)	2,1
Bundestag 2017	9,2 (+0,6)	8,6
EP-Wahl 2014	7,4 (-0,1)	7,5
Bundestag 2013	8,6 (-3,3)	11,9
Bundestag 2009	11,9 (+3,2)	8,7
EP-Wahl 2009	7,5	
Bundestag 2005	8,7 (+4,7)	3,99
Bundestag 2002	3,99 (-1,1)	5,1
Bundestag 1998	5,1	

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der LINKEN seit der letzten Bundestagswahl zeigt ein uneinheitliches Bild und keinen kontinuierlichen Abstieg. Während die Partei in den westdeutschen Bundesländern seit der Bundestagswahl 2017 auf niedrigem Niveau hinzugewonnen hat, ist sie bei den EP-Wahlen und vor allem in Sachsen und Brandenburg geradezu eingebrochen. Fest steht, dass die Linke genau dort massive Probleme hat, wo die AfD stark ist: in ländlichen Regionen, in Kleinstädten, in Ostdeutschland. Wird ihr auch nach wie vor eine hohe Kompetenz in sozialen Fragen zugestanden, so hat sie ihren Nimbus als „Protestpartei“ hier klar an die AfD verloren.

## 2.1 Strukturelle und demografische Probleme der Partei Die LINKE

Hinter den Verlusten der LINKEN bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen verbergen sich unter anderem auch ernsthafte demografische Probleme. Inzwischen ist die Hälfte der Mitglieder im Rentenalter, während die unter 30-Jährigen mit nur noch 14 Prozent vertreten sind.<sup>15</sup> Von den zuletzt gezählten 62.298 Mitgliedern dürften weniger als die Hälfte in wahlkampffähigem Alter sein. Ein Viertel der Wähler\*innen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen „vor 5 Jahren ist mittlerweile verstorben“.<sup>16</sup>

Der negative Trend der Mitgliederstatistik gilt nur für den Osten. Während dort alle Landesverbände Mitglieder verlieren, ist der Saldo im Westen seit zehn Jahren durchweg positiv, vor allem in linksalternativen großstädtischen Milieus.

PDS und LINKE verdankten ihren Aufstieg im Osten ursprünglich einem politischen und kulturellen Milieu, einer Politikgeneration, die an einer wie auch immer ausgeprägten sozialistischen Utopie festhielt. Milieus garantieren aber nicht nur Stammwähler\*innen, sondern schaffen auch einen meinungsbildenden Kommunikationsraum. In den Familien, an Arbeitsplätzen und in Kneipen werden Informationen interpretiert, werden Bewusstseinsformen erneuert oder hinterfragt und neue Wähler\*innen gewonnen. Natürlich geschieht das nur, wenn es ausreichend Mitglieder gibt, die diesen Prozess tragen. Indem aber immer mehr dieser Mitglieder starben oder der Partei den Rücken kehrten, nahm auch die politische Alltagskommunikation ab und wurde durch eine asymmetrische, von der Parteiführung ausgehende Kommunikation ersetzt. Lothar Bisky scheint die Gefahr schon früh erkannt zu haben: „Wir müssen eine sprechende und keine veröffentlichende Partei sein.“ Je mehr jedoch die Gründergeneration aus dem politischen Alltag verschwand, desto mehr reduzierte sich die Partei auf das kommunal- und landespolitische Tagesgeschäft. Wer sich aber weder für kleinteilige Kom-

---

<sup>15</sup> [www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung).

<sup>16</sup> Bernd Riexinger, Für die Zukunft des Ostens kämpfen, 4. September 2019; <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-die-zukunft-des-ostens-kaempfen/>.

munal- oder Regionalpolitik interessierte, noch eine Funktion anstrebte, verlor schnell auch sein Interesse an den von Formalien dominierten Sitzungen der Basisorganisationen.

## 2.2 Die Linke als anti-neoliberale Reformpartei

Die Etablierung einer linken Partei in der parlamentarischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1990er Jahre war und ist eine große Errungenschaft. Dies war – nach dem Ausscheiden der KPD (1953) und ihrem Verbot (1956) – in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg und mit verschiedenen politischen Akzenten immer wieder versucht worden, ohne jeden Erfolg. Die Etablierung war wesentlich zwei Faktoren geschuldet:

*Erstens* war die PDS in den neuen Bundesländern als Nachfolgepartei der SED gut verankert und wurde so auch attraktiv für die zersplitterte Linke im Westen, der sie (mit Unterbrechungen) parlamentarische Präsenz sicherte.

*Zweitens* verursachte die nicht nur faktische, sondern öffentlich propagierte Übernahme der neoliberalen Weltansicht durch die SPD, die sich mit der Agenda 2010 als neu erfundene „Reformpartei“ darstellte, den Bruch mit ihrer (vermeintlich linken) Vergangenheit, sogar den Bruch mit ihren bisherigen sozialpartnerschaftlichen Konzepten. Die Gründung der WASG durch relevante Gruppen der gewerkschaftlichen Linken und der Sozialdemokratie und der folgende Zusammenschluss mit der PDS sicherten gesamtdeutsche Präsenz.

Zur Kernmarke der PDS/LINKEN gehörte (1.) die Kritik am Neoliberalismus. Es ist nicht erkennbar, dass die LINKE, wie nach den Wahlen teilweise behauptet, diese Grundposition geräumt habe. Zumindest bildet ‚soziale Gerechtigkeit‘ wahlpolitisch immer noch das Profil der LINKEN, was ihre WählerInnen auch so sehen. Hinzu kommt (2.) der Antimilitarismus: Die LINKE wird öffentlich immer noch als jene Partei wahrgenommen, die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Dass der frühe Tabubruch in diesem Punkt durch Bündnis 90/Die Grünen und die folgende Kriegspolitik diesen wahlpolitisch kaum geschadet und der LINKEN kaum genützt hat (obwohl die Bevölkerung diesen Bellizismus mehrheitlich skeptisch sieht), hängt damit zusammen, dass die deutsche Kriegspolitik in der jüngeren Vergangenheit kein wahlpolitisch relevantes Thema war.

Beide zur LINKEN vereinigte ‚Strömungen‘ traten keineswegs von Anfang an mit grundsätzlich systemkritischen, lupenrein sozialistischen Positionen auf, wie heute manche Kritiker glauben machen möchten. Im Osten wurde die PDS vor allem (teilweise bis heute) als Interessenvertretung der neuen Bundesländer und als ‚Kümmerer-Partei‘ wahrgenommen. Im Westen galt sie als jene Gruppierung, die gegen neoliberale Zumutungen und gegen Versuche antrat, der Bevölkerung kriegspolitische Wendungen schmackhaft zu machen. Diese Positionen sind nicht notwendig antikapitalistisch. Dennoch tritt die LINKE programmatisch für eine Form des demokratischen Sozialismus ein und will die private Verfügungsmacht des Kapitals mindestens einschränken,

in Teilen auch überwinden. Wenn in den jetzigen Debatten Kritiker der LINKEN eine radikal-antikapitalistische Richtung als Allheilmittel verordnen wollen, übersehen sie, dass die LINKE faktisch eine linkssozialistische, in Teilen linkssozialdemokratische Reformpartei war und ist, in der es allerdings auch antikapitalistisch-marxistische Strömungen gibt. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass sich die Funktion der antineoliberalen Reformpartei aus den Jahren der Agenda 2010 erschöpft hat.<sup>17</sup> Neue Ansätze sind gefragt.

### 2.3 Zur Debatte über linke Wahlverluste

Versuche, die wahlpolitischen Verluste der LINKEN damit zu erklären, sie habe zu „kapitalismusfreundliche“ Positionen vertreten, greifen jedenfalls zu kurz. Im Kern verliert die LINKE in den letzten Jahren bei Wahlen an Zustimmung, weil ihre beiden Kernthemen (soziale Gerechtigkeit und Antimilitarismus) nicht (mehr) gesellschaftlich und in Wahlkämpfen im Mittelpunkt stehen. Andere Fragen treten an ihre Stelle: Dies gilt (neben der Migrationspolitik) aktuell hauptsächlich für die Umwelt- und Klimafrage, in der Teile der Bevölkerung die Grünen für kompetent halten und in der die Linke kein deutliches Profil erkennen lässt.

Im Grunde geht es um die Frage, wie die das aktuelle politische Klima prägenden Debatten - Migration und Umwelt/Klima - mit den Kernthemen der Linken/LINKEN verbunden werden können. Denn ohne Fortschritte bei sozialer Gerechtigkeit und Abrüstung/Frieden wird es weder bei der Migration noch bei der Umweltproblematik nachhaltige und humane Lösungen geben. Die Herausforderung besteht darin, Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Themen – Kapitalismus, globale Erwärmung, Klassenkonflikt, Migration, Antifaschismus, Antimilitarismus - deutlich zu machen und glaubwürdige Lösungen anzubieten.

Damit wird die Kritik am parlamentarischen Kretinismus und der Fixierung auf Regierungsbeteiligung fast um jeden Preis nicht falsch. Sie wäre selbst dann richtig, wenn die LINKE sich wahlpolitisch im Aufschwung befände. Denn die Einrichtung im bestehenden parlamentarischen System ist nicht deswegen zu kritisieren, weil sie (was keineswegs sicher ist, siehe Thüringen) Stimmverluste bei Wahlen verursacht. Sie ist zu kritisieren, weil auf diese Weise notwendige grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht erreicht werden können.

Wenn man sich fragt, warum Versuche, aktuelle politische Debatten wie die Migrations- und die Klimafrage mit der sozialen/Klassenfrage zu verbinden, sich entweder ins Gegenteil verkehrten oder bislang wenig Ergebnisse zeigten, dann dürfte dabei auch ein zu enges Verständnis der sozialen/Klassenfrage eine Rolle spielen: Es gibt die Tendenz, Verteilungsfragen als alleinigen Kern der Klassenfrage anzusehen, was unterstellt, die subalter-

---

<sup>17</sup> Mario Candeias: Linkspartei, was nun? Drei Vorschläge für eine Strategiediskussion. Rosa Luxemburg Stiftung, Standpunkte, 9/2019, S. 1. [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de).

nen Klassen interessierten sich in erster Linie für „Materielles“, für ein „bisschen Wohlstand“. Ökologische Fragen werden als Themen der (lohnabhängigen) Mittelschichten, des „hippen Großstadtmilieus“ angesehen. Auch die vielfach übliche Gegenüberstellung von Globalisierungsgewinnern gegen Globalisierungsverlierer, von weltoffenen gegen heimatverbundene Bevölkerungsgruppen, von nowheres gegen anywheres usw., transportiert vereinfachte Interpretationen der Bedürfnisse und Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten und erschwert eine differenzierte Herangehensweise.

## 2.4 Notwendigkeit einer inklusiven Klassenpolitik

Die hier nur grob skizzierten Widerspruchskonstellationen werfen im Grunde die Systemfrage auf. Die Linkspartei ist darauf wenig vorbereitet. Zwar bezieht sie sich in ihren programmatischen Dokumenten positiv auf einen demokratischen Sozialismus, doch verbindet sie damit bisher nur vage Vorstellungen, die sich zudem in ihrer aktuellen Politik nicht wiederfinden. Wir haben eingangs festgestellt, dass Kritik am Kapitalismus wieder zunimmt. Damit ist auch die Frage nach den Alternativen aufgeworfen und erfordert linke Antworten.

Kapitalismuskritik ist nicht per se links. Sie kann auch in rechtem und sogar faschistischem Gewand auftreten und so durchaus wirksam werden. Der Aufschwung der AfD ist auch Ausdruck einer rechten, völkischen Revolte gegen „das System“, gegen ein Zerrbild des realen Kapitalismus. Die extreme Rechte versucht sogar, der Linken die soziale Frage als Kernthema streitig zu machen.<sup>18</sup> Das wird ihr in gewissem Sinne leicht gemacht, wenn libertäre Linke die soziale Frage geringerschätzen und traditionalistische Linke sie auf Verteilungsfragen reduzieren. Insofern stehen rechtsextreme Mobilisierungserfolge unter Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern auch für Versäumnisse der Linken.<sup>19</sup> Eine demokratische, inklusive Klassenpolitik wäre also eine wirkungsvolle Antwort auf den Aufschwung des Rechtspopulismus.<sup>20</sup>

Eine halbwegs theoretisch begründete Vorstellung vom Klassencharakter der heutigen kapitalistischen Gesellschaft fehlt derzeit aber in weiten Teilen der Linken. Stattdessen geht es wüst durcheinander: Auf der einen Seite Abgehängte, Prekariat, Arbeiter, Menschen am unteren Rand der Einkommensskala, Milieus, z. B. hippe großstädtische Milieus und „urbane Eliten“ – auf der anderen Seite kein klares Bild der herrschenden Klasse und des mit ihr verbundenen politischen Systems, keine stringente Analyse der antagonistischen Klassengesellschaft, in der die Konflikte ausgetragen werden müssen: Derlei Schlagworte bilden die soziale Realität der Gesellschaft auch nicht annähernd

---

<sup>18</sup> André Leisewitz/John Lütten, Neue Klassendiskussion. Anmerkungen zu Klassentheorie, Klassenverhältnissen und zur linken Strategiekrise, in: Z 116 (Dezember 2018), S. 38.

<sup>19</sup> Ebd., S. 35.

<sup>20</sup> Klaus Dörre, In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker/Dörre/Reif-Spirek, Arbeiterbewegung von rechts?, a.a.O., S. 67 und 73.

ab. Der Ungleichheits- und Diskriminierungsdiskurs ersetzt hier den Klassendiskurs.<sup>21</sup> Für eine zukunftsfähige linke Politik wird es unerlässlich sein, den Klassencharakter dieser Gesellschaft zum Ausgangspunkt zu nehmen und ihn zu entschlüsseln. Denn der Zugang zu materiellen Gütern und zu materiellen und kulturellen Lebenschancen sowie das Ausmaß von erlebter Ausbeutung, Ungleichheit, Ohnmachtserfahrungen, Abwertung und Diskriminierung hängen von der Klassenzugehörigkeit ab.

Es geht darum, den Klassencharakter der derzeitigen Verhältnisse an den jeweiligen Konfliktthemen (soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Gleichberechtigung der Geschlechter, Liberalität, Frieden, Klimagerechtigkeit usw.) konkret durchzubuchstabieren, unterschiedliche Interessen auf einen antikapitalistischen Nenner zu bringen und mit Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft zu verbinden.

---

<sup>21</sup> Leisewitz/Lütten, a.a.O., S. 34ff.